Nummer 35 — Halle, Donnerstag, den 11. Februar 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Zeitungsbotenstellen ohne Bringerlohn 1.50 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. (Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Millimeter-Zeilen berechnet; die Zeile 0.35 Reichsmark. Für Anzeigen, die an gleichen Vorteil in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Saalesaale" Bank-Rechnung: Deutsche Reichsbank Filialbank, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Im Reichstag wurden gestern das vorläufige Wirtschaftsabkommen mit Spanien und das Zusatzabkommen zum niederländisch-deutschen Handelsvertrag in zweiter und dritter Lesung angenommen.

*

Der erste Bürgermeister von München, Karl Scharnagl, sowie zwei Stadträte wurden gestern vom Präsidenten Coolidge im Weißen Hause empfangen. Mittags fand zu Ehren der genannten ein Frühstück in der deutschen Botschaft statt, an dem verschiedene Mitglieder des Kongresses sowie der Bürgermeister und der Polizeipräsident von Washington teilnahmen.

*

Infolge kommunistischer Demonstrationszüge ist es Montag und Dienstag abend im Berliner Westen zu einer Reihe ernster Zusammenstöße gekommen. Die Polizei mußte in 18 Fällen einschreiten, insgesamt wurden neun Verletzungen von Passanten gemeldet.

Die „Rote Fahne" schreibt, daß die allabendlichen kommunistischen Demonstrationszüge durch die Straßen der Reichshauptstadt eine ständige Einrichtung bleiben würden, die das Bürgertum an die Aktivität des Kommunismus gewöhnen müsse. — Wenn sich nur Herr Severing, er doch als Innenminister die Pflicht zur Aufrechterhaltung der „öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung" übernommen hat, ebenfalls an Aktivität gewöhnen wollte.

*

Der sozialistische „Vorwärts" schreibt: „Der parlamentarische Außenminister Deutschlands hat sich in seiner Rede dem faszistischen Diktator moralisch und intellektuell überlegen gezeigt" und schließt: „Deutschland kämpft gegen Mussolini, aber für Italien und für den Frieden einen guten Kampf." — Das ist gerade das, wovor im gestrigen Leitartikel gewarnt wurde: Einmischung in die italienische Innenpolitik. Kampf gegen Mussolini bedeutet Kampf gegen Italien. Dadurch wird Mussolini das dringend nötige Einlenken innenpolitisch unmöglich gemacht.

*

Zur Behebung der Not unter den deutschen Schriftstellern haben die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei, der Demokraten und der Deutschnationalen im Preuß. Landtag einen Urantrag eingebracht, der die Bereitstellung genügender Mittel fordert.

*

Wie die Wiener „Neue Freie Presse" meldet, hat die österreichische Regierung beschlossen, die Auswanderung von Arbeitslosen durch Geldmittel zu unterstützen. So wurde ein Betrag von 5½ Milliarden Kronen für die Auswanderung einer Gruppe von 1000 Arbeitslosen nach Rußland bewilligt. Ferner beabsichtigt die Regierung, die Erleichterung der Einstellung von Industriearbeitern bei der Landwirtschaft zu subventionieren. Es ist für die erste Zeit die Einstellung von 50 000 Arbeitern in der Landwirtschaft in Aussicht genommen.

*

Der englische Minister des Innern Johnson Hicks sagte gestern abend in einer Rede in Ipswich, es gebe im gegenwärtigen Augenblick eine ziemlich erhebliche Gesetzlosigkeit im Lande. Im Laufe der nächsten zwei oder drei Monate könnte eine sehr ernste Unruhe entstehen. Die Regierung habe bestimmte Vorkehrungen getroffen, aber die Londoner Arbeiterpartei habe am Sonnabend die Entscheidung gefaßt, daß sie nichts mit den Plänen der Regierung zu tun haben wolle. Sie möge auf ihrer Hut sein, denn der Staat sei mächtiger als irgendeine Gruppe des Volkes.

*

Die Belgrader Blätter melden aus Bukarest, an die Konferenz der Kleinen Entente in Temesvar werde sich unmittelbar eine Konferenz der Balkanstaaten in Bukarest anschließen. An dieser Konferenz werde sich voraussichtlich auch die Türkei beteiligen, die an der Zusammenkunft großes Interesse nehme.

*

In einer Havasmeldung aus Rabat wird die Nachricht, daß die auf französischer Seite stehenden Eingeborenen „wegen des schlechten Wetters" das Bibane-Gebirge geräumt hätten, bestätigt. Die Eingeborenen hätten sich „kampflos" zurückgezogen; einige Dissidentenstämme und einige Truppen der Beni Uriaghel seien in ihre Gegenden zurückgekehrt.

Die Verlegenheitsausrede mit dem Wetter kann nicht verschleiern, daß die Rifleute mit Rückeroberung des vielumkämpften Bibanegebirges einen großen Erfolg errungen haben.

Eine im Pariser „Journal" veröffentlichte Meldung aus Marokko besagt, daß der Druck, den die Rifleute ausüben, sich verstärkt. Abd el Krim habe Auftrag gegeben, um jeden Preis zu verhindern, daß Rifabteilungen sich zwecks Unterwerfung zu den Franzosen begeben.

*

In Pariser Kreisen werden die gestern mitgeteilten englischen Meldungen, wonach die französische Regierung den Oberkommissar de Jouvenel angewiesen habe, mit den Drusen unverzüglich Frieden zu schließen „dementiert — Daß damit die Meldungen nicht widerlegt sind, ist selbstverständlich.

Stresemanns Antwort an Mussolini.

Das Haus und die Tribünen sind sehr stark besetzt, wie an großen politischen Tagen. Auch das diplomatische Korps ist stark vertreten. Besonders bemerkt man den englischen Botschafter und den österreichischen Gesandten.

Auf der Tagesordnung steht die deutschnationale Interpellation über den Terror der italienischen Behörden in Südtirol und die Interpellation der Regierungsparteien über die Ausführungen Mussolinis in der italienischen Kammer.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann erhält sofort das Wort:

„Die Ausführungen des italienischen Ministerpräsidenten greifen tief ein in das Verhältnis Italiens zu Deutschland. Sie rollen darüber hinaus die Gesamtlage auf, die mit dem Abschluß der Verträge von Locarno und mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Verbindung steht. Der rhetorische Ausbruch des Herrn Mussolini gebe Veranlassung, ihm in derselben Weise zu antworten. (Zustimmung.)

Die deutsche Regierung muß es aber ablehnen, auf einen derartigen Ton, der vulgär mehr auf Massenversammlungen als auf eine Aussprache mit anderen Nationen berechnet ist, einzugehen.

Südtirol ist bei den Friedensverträgen Italien zugesprochen worden. Daraus ergeben sich politische Konsequenzen, die wir stets respektiert haben und respektieren werden.

Bei der Begründung der Friedensverträge haben wir oft genug von anderer Seite zu hören bekommen, daß es nicht nur ein internationales Recht, sondern auch eine internationale Moral gibt. (Sehr richtig!)

Gleich nach dem Abschluß der Verträge ist in verschiedenen Regierungserklärungen von italienischer Seite zum Ausdruck gebracht worden, daß gegenüber den neuen Untertanen deutscher Nationalität in bezug auf Sprache, Kultur und Wirtschaftsinteressen eine in weitem Maße liberale Politik geübt werden sollte. Es ist weiter erklärt worden, Italien liege eine Unterdrückung anderer Rassen fern, die deutschen Schulen und die deutsche Unterrichtssprache sollen weiter beibehalten werden. So hat Titoni am 27. September 1919 die Erklärung abgegeben, daß Italien der Gedanke einer Entnationalisierung der neuen Untertanen vollkommen fernliege, und auch der italienische König hat sich in Neapel damals in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Unter lauten Hört! Hört!-Rufen verliest Dr. Stresemann dann die verschiedenen feierlichen Versicherungen der amtlichen Stellen Italiens, in denen bei der Besitzergreifung Südtirols durch Italien der deutschen Bevölkerung jenes Landes die Wahrung ihrer Kultur und des deutschen Schulwesens in Südtirol zugesagt wurde.

Im Gegensatz zu allen diesen Zusicherungen hat das faszistische Regime eine bewußte Italienisierung und Entdeutschung Südtirols vorgenommen. Ueber diese nicht zu leugnende und auch von Mussolini nicht geleugnete Tatsache ist die Oeffentlichkeit unterrichtet. Sie ist nur verwirrt worden durch unwahre und entstellte Einzelnachrichten, wie sie von einem Verbot der Weihnachtsbäume und der geplanten Beseitigung des Denkmals Walthers von der Vogelweide in Bozen. Die deutsche Regierung hat diese falschen Nachrichten, denen sie vollkommen fernsteht, außerordentlich bedauert und die Presse zu größter Vorsicht ermahnt. Es ist auch die Vermutung geäußert worden, daß solche falschen Nachrichten absichtlich von Provokateuren verbreitet würden. Diese bedauerlichen falschen Nachrichten ändern aber nichts an dem Gesamtbestand der Italienisierung Südtirols.

In München ist in der Tat von wenigen Privatleuten eine Bewegung zum Boykott Italiens eingeleitet worden. Der Minister erklärt es für durchaus unangebracht, wenn einige Dutzend Leute glauben, auf diese Weise deutsche Außenpolitik treiben zu können. Aber diese rein private Betätigung unverantwortlicher Leute hat Mussolini veranlaßt, dem deutschen Botschafter gegenübere zu erklären, daß er amtlich die Einfuhr deutscher Waren nach Italien verbieten würde und zum Boykott deutscher Waren auffordern würde, wenn diese Angriffe in der deutschen Oeffentlichkeit nicht aufhörten.

Es ist ein unmögliches Vorgehen, die unbeachtete Bewegung weniger Kreise, die von der Reichsregierung entschieden mißbilligt wird, mit dem Bruch internationaler handelspolitischer Abmachungen beantworten zu wollen. (Zustimmung.) Auf dieser Basis ist ein internationales Zusammenarbeiten nicht möglich. (Zustimmung.) Ob diese vielleicht aus dem Impuls einer momentanen Stimmung geborene Drohung in irgendeiner Form aufrecht erhalten werden wird, lasse ich dahingestellt. Die deutsche Regierung würde die letzten Grundlagen des weltwirtschaftlichen Verkehrs untergraben, wenn sie auf solche Stimmungen Rücksicht nehmen würde.

Dr. Stresemann weist darauf hin, daß die faszistische Regierung Italiens die Italienisierung Südtirols als Programm aufzustellen. Die deutsche Oeffentlichkeit hat dagegen leidenschaftlich Stellung genommen. Die deutsche Reichsregierung hat ihrerseits nur insoweit eingegriffen, als sie die Presse vor Uebertreibungen gewarnt und auf die schädlichen Folgen solcher Uebertreibungen hingewiesen.

Ueber die Brennergrenze hat Oesterreich zu entscheiden. Wir haben nur ein Interesse daran, zu verhindern, daß der Vereinigung des Deutschtums unüberseigliche Schwierigkeiten bereitet werden. Das, was hier der deutschen Politik an Expansionsbestrebungen unterstellt wird, ist vollkommener Unsinn. Die deutsche Oeffentlichkeit hat in den letzten Jahren Italien große Sympathien entgegengebracht.

Das hat sich geändert, als die Nachrichten über die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung Südtirols sich immer mehr verstärkten. Mussolini meint, diese veränderte Haltung der deutschen Presse sei auf einen Befehl der deutschen Regierung zurückzuführen. Er vergibt, daß man in Berlin nicht wie in Rom die Freiheit der Presse willkürlich beschränken kann. Wenn aus der Unterdrückung eines Volkes die Gefahr einer Störung des Friedens entsteht, so ist der Appell an den Völkerbund gegeben (Lachen rechts und bei den Kommunisten).

Das Reichskabinett hat gestern den Eintritt in den Völkerbund beschlossen und ist drin bestärkt worden durch die Rede Mussolinis. Diese Rede fordert nicht nur die Entdeutschung Südtirols, sondern sie ist in der ganzen Welt als eine Kriegsdrohung gegen Deutschland und Oesterreich aufgefaßt worden. (Hört! Hört!) Derartige Drohungen sind mit dem Geist des Völkerbundes unvereinbar. Unvereinbar mit diesem Geiste ist auch die Ueberheblichkeit und Mahlosigkeit der Ausführungen Mussolinis, die kein Ausdruck innerer Kraft zu sein brauchen.

Herr Held in München habe sich keineswegs geäußert, wie Mussolini zitiert habe. Wünschenswert erscheine es allerdings, daß auswärtige Politik nur von den Reichsstellen gemacht werde. Verantwortlich sei jedenfalls nur die Reichsregierung. (Zustimmung.)

Der Minister schließt: Das deutsche Volk will auch mit dem italienischen wie mit anderen Völkern in Frieden leben, aber dazu gehöre die Selbstachtung. Neuere Machtlosigkeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust der inneren Kraft, wenn sie sich auf das eigene nationale Gefühl verläßt. (Lebh. Beifall.)

Die Redner sämtlicher Parteien stimmten in den Protest gegen die Rede Mussolinis und die Vergewaltigung Südtirols ein. Der Reichstagspräsident Löbe faßte den Protest noch einmal zusammen und schloß mit den Worten:

Obwohl das deutsche Volk nichts anderes wünscht, als in friedlichen Zusammenwirken mit den anderen Völkern seinem eigenen Aufbau zu dienen, wird es sich doch nicht davon abhalten lassen, für die deutschen Minderheiten unter fremder Staatshoheit eine gerechte Behandlung zu beanspruchen. (Lebh. Beifall.) Dieses Recht werden wir uns am allerwenigsten durch beleidigende Angriffe und sinnlose Drohungen beschränken lassen. (Lebh. Beifall.)

Der Reichswehrminister über die schwarze Reichswehr.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann am Dienstag, nachdem er den Gesetzentwurf über die Versorgung der Polizeibeamten beim Reichswasserschutz angenommen hatte, mit der Beratung des Etats des Reichswehrministeriums.

Reichswehrminister Dr. Geßler führte aus, daß die höheren sachlichen Ausgaben dieses Jahres ihren Grund darin hätten, daß die Kasernen in völlig herabgewirtschaftetem Zustand seien. Die Ausgaben für Waffen und Munition seien in diesem Jahre größer, weil jahrelang so gut wie nichts angeschafft wurde. Erst jetzt hätte die Entente wieder eine begrenzte Erlaubnis zur Neuanschaffung von Waffen und Munition gegeben.

Bezüglich der vaterländischen Formationen und der sog. „schwarzen Reichswehr" werde ja der Untersuchungsausschuß zuständig sein. Trotzdem wolle er schon jetzt erklären, daß er selbst und mit ihm der Chef der Heeresleitung absolute Gegner der Bildung von Formationen gewesen sei. Beiläufig war die Zeit des Ruhreinbruchs ein Jahr starker politischer Spannungen. Aber auch damals sei vom Reichswehrministerium immer die Auffassung vertreten worden, daß die Aufstellung von Formationen außerhalb des Rahmens der Heeresorganisation abzulehnen sei.

Die Formulierung des Namens „Schwarze Reichswehr" stamme aus deutschvölkischen Kreisen. Im Jahre 1925 habe General Ludendorff beim General Seeckt vorgesprochen, und den Vorschlag zur Bildung einer „schwarzen Reichswehr" gemacht. General Seeckt habe diesen Gedanken aufs schroffste abgelehnt. Später habe dann der deutschvölkische Abg. v. Gräfe versucht, zu General Seeckt zu gelangen, aber dieser habe ihn gar nicht empfangen. Trotzdem habe sich, besonders nach dem verhängnisvollen Empfang des Oberleutnants Roßbach durch den Reichskanzler Cuno dann in der Oeffentlichkeit das Gerücht gebildet, als wären offizielle oder offiziöse Fäden gesponnen zwischen der richtigen und der schwarzen Reichswehr. Die Vorgänge seien nicht zu verwechseln mit der schwarzen Reichswehr, sondern stellten

die Liquidation des oberschlesischen Selbstschutzes

dar, der nicht von Reichswegen eingerichtet worden war, und bekanntlich die Duldung bestimmter Gruppen der in Oberschlesien stehenden Ententetruppen erhalten hatte. Für das Reich habe später nur die mißliche und schwierige Aufgabe bestanden, den bewaffneten Selbstschutz in Ruhe aufzulösen. In Verbindung damit ergab sich die Notwendigkeit, die Waffen des Selbstschutzes zu zerstören, und erst zu diesem Zwecke wurden von der Regierung Arbeitskommandos eingerichtet, die aber nicht mehr als etwa 135 Mann betrager haben.

Der Minister versicherte, daß jede Verbindung von Reichswehrangehörigen mit den vaterländischen Verbänden überhaupt verboten sei. Auch sei es verboten, Zeitfreiwillige in der Reichswehr auszubilden. Dieses Verbot habe natürlich seinen Grund im Gesetz, aber es sei auch aus Gründen der Vernunft durchaus vertretbar, denn solche nur beschränkte Zeit hindurch ausgebildete Leute bildeten militärisch gar keinen Nutzen. Zur vollen Ausbildung von Soldaten seien mindestens 1½ Jahre notwendig. Unteroffiziere der Reichswehr seien nicht zur Ausbildung von Stahlhelmleuten abkommandiert worden, was selbstverständlich strengstens verboten sei.

Wenn von der Militärmusik das Lied gespielt worden sei „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot", so sei doch schwarz-weiß-rot immerhin die Kriegsflagge des Deutschen Reiches. Die Reichswehr halte jedenfalls auf Pflicht und Ehre, und bemühe sich, im Rahmen der ihr gestellten Aufgaben das menschenmöglich tüchtigste und beste zu leisten.

Abg. Künster (Soz.) führte Klage über der antirepublikanischen Geist der Reichswehr, namentlich der Offiziere. Die Sozialdemokratie wolle, daß endlich das antirepublikanische Treiben gewisser Offiziere aufhöre.

Abg. Brüninghaus (Dvp.) bemerkt, daß den Mehrausgaben, die durch die Vergrößerung der Versorgungsaufwendungen entstehen würden, doch alle Parteien schon früher zugestimmt hätten, ebenso wie der Erhöhung der Mittel für Fortbildungszwecke. Der Redner stellt mit Genugtuung fest daß im verflossenen Jahre Ausschreitungen und unliebsame Vorfälle bei der Wehrmacht nicht vorgekommen seien. Die Ausführungen des Ministers über die schwarze Reichswehr genügten ihm vollständig.

Entwaffnungen und „Enthüllungen"

Die Botschafterkonferenz soll nächste Woche zusammentreten. Und der diplomatische Meinungsaustausch der Reichsregierung mit den Regierungen in London und Paris ist wieder im vollen Gange.

Immer noch fehlen die von der Reichsregierung erbetenen Angaben, welche Bestimmungen der Entwaffnungsverordnungen von ihr unberücksichtigt gelassen worden sind

Es ist auch diesmal nicht anzunehmen, daß die Botschafterkonferenz in nächster Woche zu einer

Italien boykottiert uns.

Der Pariser „Temps" meldet aus Rom: Der Handelsminister hat durch Rundschreiben die italienischen Handelskammern aufgefordert, innerhalb von zehn Tagen den Rückgang der Ausfuhr nach Deutschland bekanntzugeben. Die Regierung ist entschlossen, zu Gegenmaßnahmen schärfster Art zu schreiten, sofern der deutsche Boykott gegen Italien Wirkungen haben sollte.

Aus Mailand wird gemeldet: Der „Corriere della Sera" fordert den amtlichen italienischen Boykott gegen alle deutschen Waren. Die Faszisten veranstalteten gestern mittag einen Demonstrationszug. 30 000 Faszisten protestierten gegen den deutschen Einspruch in Südtirol.

Wie der Züricher Tag.-Anz." aus Genua meldet, weigern sich seit Montag italienische Transportarbeiter, für Waren nach Deutschland die Versicherungspflicht zu übernehmen. Der faszistische Hafenarbeiterverband in Genua hat beschlossen, deutsche Schiffe nur dann zu entladen, wenn das gleiche Quantum italienischer Waren nach deutschen Häfen eingeladen wird.

5:1 für Krieg.

Der holländische „Courant" meldet aus London: Bei Lloyd in London wurden am Montag gewettet für einen Krieg in Europa in diesem Jahre 5 gegen 1, für einen Sturz des Faszismus in Italien bis Jahresende 1 gegen 4. — Und wir suchen Frieden und Versöhnung und Recht im Völkerbund! Wann wacht es auf, das Volk der Dichter und Denker, Träumer und Narren?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260211019/fragment/page=0001

abschließenden Erörterung der deutschen Entwaffnungsfrage kommen wird.

In Pariser Blättern findet sich der Hinweis, daß die Enthüllungen der Fememordprozesse in Deutschland das Bestehen ungesetzlicher Reichswehrformationen ergeben habe. Der „Matin" zitiert ausdrücklich ein vielgelesenes Berliner „Weltblatt" als seine Quelle und fragt, ob denn Deutschland, das damals bestehende ungesetzliche Formationen verschwiegen habe, heute überhaupt noch Glauben hinsichtlich der Entwaffnung zuzubilligen sei.

Wahrscheinlich wird die Interalliierte Militärkommission durch die deutschen Pressederichte von neuem ihre vorläufige Unentbehrlichkeit nachweisen. Und trotz Locarno und Völkerbund wird sicherlich der Botschafterrat auch für das nächste Jahr die Kontrolle fortbestehen lassen. — Aber das deutsche Publikum abonniert ruhig weiter die solchen Segen spendenden demokratischen und sonstigen Linkszeitungen.

Die Regierungserklärung über den Fall Mussolini im Reichstag ist nur der Auftakt weiterer Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Italien. Wie wir zuverlässig erfahren, sind mehrere der aus Südtirol Ausgewiesenen

reichsdeutsche Staatsangehörige.

Die Ausgewiesenen, die auf österreichischen Boden eingetroffen sind, verlangen die Intervention des Reiches in Rom. Auch vermögensrechtlich wollen sie die Regierung Mussolinis durch die deutsche Regierung verantwortlich machen.

Unabhängig von den Regierungserklärungen im Plenum und Auswärtigen Ausschuß des Reichstags findet schon seit Montag ein direkter Meinungsaustausch zwischen Berlin und Rom

Dem deutschen Aufnahmeantrag an den Völkerbund nach Berlin zurückkehren. Ob auch der deutsche Botschafter zur Berichterstattung nach Berlin berufen wird, hängt von dem Fortgang der Demarche in Rom ab.

Mit der Beilegung der deutsch-italienischen Differenzen wird auch der gestrige etwa einstündige Besuch des englischen Botschafters im Auswärtigen Amt in Verbindung gebracht.

Sklavenhalter!

Der Pariser „Temps" meldet aus Berlin: Seitens des belgischen, des französischen und des englischen Mitgliedes des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn besteht die Absicht, die Zulässigkeit einer Entscheidung deutscher Gerichte gegen die Reichsbahn in Sachen des Tarifstreits mit den Eisenbahnern zu verneinen. Die internationale Verwaltung der Deutschen Reichsbahn wird auch einer richterlichen Entscheidung auf Grund ihres Sondercharakters Widerstand entgegensetzen.

Das Berufsbeamtentum bei der Reichsbahn-Gesellschaft.

Von zuständiger Seite erfahren wir: Immer wieder taucht in der Oeffentlichkeit und im Reichstag die Behauptung auf, die Reichsbahn-Gesellschaft beabsichtige das Berufsbeamtentum zu beseitigen, und immer wieder steht sich die Reichsbahn-Gesellschaft genötigt, dieser Behauptung entgegenzutreten. Schon die Tatsache daß es bei der Durchführung des Dawesplans gelungen ist, an Stelle von Angestellten den Reichsbahnbeamten zu schaffen, sollte genügen, diese Behauptung zu entkräften.

Nunmehr wird die Absicht der Reichsbahn-Gesellschaft, die hinsichtlich der Kündbarkeit und Unkündbarkeit bei den ehemaligen Landesbahnen bestehenden Verschiedenheiten endlich durch eine für die gesamte Reichsbahn einheitliche Regelung zu ersetzen, erneut zum Vorwand für die Wiederholung der gleichen Behauptung aufgegriffen. Mit dieser Absicht ist indessen eine Entrechtung der Beamten keineswegs verbunden. Sie bezieht sich ausschließlich auf neu anzustellende Beamte, tastet also die bestehenden Rechte, auch nicht eines einzigen bereits im Dienst befindlichen Reichsbahnbeamten in irgendeiner Weise an. Den vorhandenen Beamten wird nichts genommen werden. Im Gegenteil, tausende von Beamten würden durch die beabsichtigte Neuregelung besser gestellt als bisher.

— „Sie bezieht sich ausschließlich auf neu anzustellende Beamte" bedeutet, daß künftig keine Beamten, sondern nur noch Angestellte neu eingestellt werden, und daß also in einigen Jahren durch den natürlichen Abgang von Beamten und Zugang von Angestellten die Eisenbahnverwaltung in rein privatrechtliche Form gebracht sein wird.

War das von den ja bekanntlich grundsätzlich dem alten Beamtentum und der alten Beamtentradition feindlichen Linksparteien und Hauptanhängern des Dawesplans vielleicht beabsichtigt?

Preußischer Landtag.

Ein sozialdemokratischer Antrag wurde dem Hauptausschuß überwiesen, nach dem bereits jetzt ein namhafter Teil der im neuen Reichshaushaltsplan vorgesehenen

Mittel für öffentliche Bauten

zur Verfügung gestellt und außerdem für die Finanzierung des Wohnungsbaus vorschußweise den Kommunalverbänden ein Betrag von 50 Millionen Mark überwiesen werden soll. Angenommen wurde auch ein Antrag des Handelsausschusses, der einen sozialdemokratischen Antrag dahin abändert, daß das Staatsministerium ersucht wird, im Benehmen mit der Reichsregierung alle Anstrengungen zu machen, um

spekulative Stillegungen

auf gesetzlichem Wege zu verhüten. Gleichfalls ohne Aussprache wurde der Zentrumsantrag angenommen, nach dem der Landwirtschaft die zweite Rate der Saatgutkredite bis nach der Ernte dieses Jahres gestundet wird.

Das Haus nahm dann den Gesetzentwurf über die Umgemeindung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in zweiter und dritter Lesung an.

Der vorzeitige Übergang von der Grundschule.

Zur Vermeidung der Schwierigkeiten, die sich um Ostern 1925 aus der verspäteten Verabschiedung des Reichsgesetzes betreffend den Lehrgang der Grundschule ergeben haben, sind von den Unterrichtsverwaltungen der Länder die Richtlinien zur Durchführung dieses Gesetzes vereinbart worden, denen auch der preußische Unterrichtsminister zugestimmt hat.

In diesen Richtlinien wird unter Betonung der grundsätzlich vierjährigen Dauer der Grundschule erneut hervorgehoben, daß Zweck und Ziel des Gesetzes von 1925 lediglich ist, im Einzelfalle besonders leistungsfähigen Schulkindern den vorzeitigen Uebergang auf eine mittlere oder höhere Schule zu ermöglichen. Unter solchen „besonders leistungsfähigen Kindern" sind Schüler und Schülerinnen zu verstehen, deren geistige und körperliche Veranlagung sowie Schulleitungen bestimmt erwarten lassen, daß sie über das Ziel ihrer Klasse hinaus im Unterricht der nächthöheren Alters- und Inhaltsschule auf die Dauer mit guten Schülern Schritt halten können. Im übrigen sind für die Feststellung der besonderen Leistungsfähigkeit eigene Bestimmungen getroffen worden.

Wie der Amtl. Preuß. Pressedienst meldet, haben die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen der Länder Richtlinien über den Abbau der privaten Vorschulen und Vorschulklassen vereinbart, denen zufolge Ostern 1926 zum letzten Male Schulneulinge in die bestehenden privaten Schulen aufgenommen werden dürfen. Von Ostern 1927 ab soll dann stufenweise der Abbau beginnen, der bis Ostern 1929 überall durchgeführt sein soll.

Die Reichsregierung hat vor einigen Monaten 57 deutsche Friedhöfe in Frankreich, darunter auch den in Maizmey, durch den Direktor des Zentralnachweisamtes in Spandau bereisen lassen. Sie hat sich bei dem französischen Gräberdienst dafür eingesetzt, daß eine den bestehenden Vereinbarungen entsprechende Instandsetzung erfolgt. Ein Verbot, die Gräber deutscher Krieger zu schmücken oder zu bepflanzen, besteht in Frankreich nicht.

Die französische Parlamentsschlacht.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Seit einigen Tagen ist die große Parlamentsschlacht in der französischen Kammer im Gange, die wieder einmal — wie oft wurde dieselbe Parole ausgegeben — das Schicksal der französischen Finanzen und des Franken entscheiden soll. Aber wieder einmal bietet die französische Kammer das nun seit Monaten gewohnte Bild völliger Verworrenheit, Unsicherheit und des Mangels an Zivilcourage.

Die Lage an sich ist so ungewöhnlich, wie es überhaupt nur in einem parlamentarisch regiertem Lande möglich ist. Nicht die Regierung führt, sondern die Mehrheit der Kammer, und nicht ein Regierungsentwurf, sondern der des Linksblocks steht zur Debatte, und das Kabinett Briand hat jegliche Initiative verloren. Es läßt sich steuerlos treiben, augenblicklich von der einzigen Sorge geleitet, nicht gestürzt zu werden.

Eine so nichtssagende Rede wie diejenige Briands bei der Eröffnung der großen Schlacht ist wohl selten in einem so kritischen Augenblick wie gegenwärtig von einem Ministerpräsidenten gehalten worden. Mit heiteren Scherzen, witzigen oder witzig sein wollenden Worten, ganz im Stile einer gemütlichen Plauderstunde sprach da der französische Ministerpräsident zu einer Kammer, die äußerst folgenschwere Entschlüsse fassen will. Keine Andeutung der Vertrauensfrage, im Gegenteil, alles wird sich noch einrenken lassen, die Regierung ist bereit, jede Anregung zu prüfen. Doumer ist nach grobartigen Worten und Gesten an die Wand gedrückt. Alles zusammen ein so klägliches Schauspiel von Mutlosigkeit und Mangel an Entschlußfähigkeit, daß sich jetzt rechts wie links über diese fast unglaubliche Haltung des Kabinetts einig ist. Die Sprache des sozialistischen Quotidien kommt, der des rechtsgerichteten „Temps" und „Figaro" gleich.

Wenn dem Linksblock auch im Augenblick nicht an einer Regierungskrise gelegen ist, so mangelt es seiner Presse jedoch nicht an kräftigen Worten für die, selbst in Frankreich ungewohnte Stetigkeit der Regierung. Ganz zu schweigen von der Rechtspresse, die diesmal, wenn sie Briand den Rücken gegenüber dem Linksblock zu stärken versucht, im letzten Augenblick von Briand selber im Stich gelassen wird und die in immer erregterem Tone die jeden Tag wechselnden Verlegenheitsvorschläge Briands angreift.

Ein zweites Unikum ist die Reihenfolge der Beratung: Inhaltlich ist es gewiß in der Ordnung, daß man sich, bevor neue Steuern eingeführt werden, fragt, ob nicht die schon bestehenden ertragsreicher gemacht werden können. Aber es ist sicherlich ganz ungewöhnlich, daß man nicht mit einem Artikel 1, sondern mit einem Artikel 53 die Debatte beginnt. Seit Tagen geht aber diese Debatte um die eben genannte Reihenfolge und um einen einzigen Artikel. Wann ist jedoch ein Ende der Beratung abzusehen, da der Entwurf des Linksblocks nicht weniger als 101 Artikel zählt!

Das kann viele Wochen, vielleicht Monate dauern, aber es ist noch nicht lange her, daß Doumer von der Kammer verlangt hatte, noch vor dem 1. Februar zu einem Ergebnis zu kommen. Der 1. Februar ist vorüber und der neue Ei lös ngstermin der Schatzwechsel immer nähergerückt, ohne daß irgend etwas geschehen ist und ohne daß in den nächsten Wochen etwas geschehen wird. Wie soll man da nicht an eine neue bevorstehende Inflation glauben? Im allgemeinen ist man sich über diese Notwendigkeit auch klar und alle Welt spricht in Frankreich von kommenden Frankkursen, die weit unter den gegenwärtigen stehen.

Ebenso verworren wie die Haltung der Regierung ist aber auch die des Linksblocks. Nachdem er über die Regierung und über Doumer einen Sieg davongetragen hatte, und zwar durch die Annahme der Beratung des Artikels 53 und nicht des ersten Artikels, wie es Doumer verlangt hatte, hat der Linksblock seinerseits eben bei dieser Beratung über seinen eigenen Artikel Disziplinlosigkeit gezeigt. Es ist zwar beschlossen worden, daß alle der Einkommensteuer Unterworfenen eine eidesstattliche Erklärung abgeben müssen. Aber die eigentlichen Bestimmungen dieses Artikels, nämlich die Ausübung des Wahlrechts von der Vorlage dieser eidesstattlichen Erklärung abhängig gemacht werden sollte, sind nicht angenommen worden. Nicht etwa, weil die Opposition stark genug gewesen wäre, diese Bestimmungen abzulehnen, sondern weil im Linksblock selber bedeutende Absplitterungen erfolgt sind.

Was soll da aus dem ganzen Entwurf werden, wenn schon bei der Beratung über den ersten Artikel solche Absplitterungen erfolgen? Die Regierung aber sieht mit verschränkten Armen zu und ist, sehr gefügig bereit, die Ueberweisung der strittigen Punkte wieder einmal an den Finanzausschuß anzunehmen, damit wieder einmal ein Kompromißtext gefunden werden kann.

Von gewisser Seite wird versucht, diese Taktik Briands als der Gipfel politischer Kunst hinzustellen, um schließlich doch den eigenen Entwurf der Regierung zur Annahme zu bringen. Das wäre eine seltsame Kunst, die Wochen über Wochen verstreichen läßt, kostbare Wochen, die das Schicksal des Franken von neuem zu gefährden, um dann schließlich aus der Westentasche so etwas wie einen Plan hervorzuholen, den zu verteidigen man mitten in der Schlacht nicht den Mut hatte.

Die Haltung der Regierung wie der Kammer steht ungweifelhaft nicht mehr mit der öffentlichen Meinung und der Ueberzeugung der großen Masse in Uebereinstimmung. Die Parlamentsmüdigkeit, der Widerwillen gegen diese ewigen Nebelschlachten verstärkt sich zusehends und greift auch auf die Presse der verschiedensten Parteirichtung über.

Sollte gar noch während der Beratung ein neuerlicher Sturz des Franken erfolgen, so würden die Beratungen überhaupt hinfällig werden, weil die beschlossenen Summen niederum nicht genügen würden. Alles zusammen ist eine Zwickmühle, aus der schwerlich ein Ausweg zu erblicken ist, und die nur das eine zeigt: daß Parlamentarismus und Mehrheitsprinzip gegenüber wirklichen Schwierigkeiten rettungslos versagen.

*

In der gestrigen Nachmittagssitzung der Kammer gab zunächst namens der Opposition der Abg. Flandin eine Erklärung ab, in der er unter Hinweis auf einen Artikel des Matin feststellt, daß die Regierung versage und eine widerspruchsvolle Haltung einnehme. Darauf führte Ministerpräsident Briand aus: Eine Regierung, die in der augenblicklichen Lage den Mut habe, auf ihrem Posten zu bleiben und eine Schlacht zu liefern, tue ihre Pflicht. Die Regierung wolle Entgegenkommen, aber er müsse sagen, daß, wenn die Finanzgesetze nicht innerhalb acht Tagen angenommen seien, die Lage ernst, ja sogar beunruhigend werde. Die Regierung werde der Kammer baldigst Gelegenheit geben, der Regierung die Vertrauensfrage zu beantworten. Die Streichung des Artikels 79 wurde mit der täglichen Mehrheit 276 gegen 232 Stimmen abgelehnt. Die Beratung geht weiter.

R. Albrecht.

Irrgarten der Liebe.

Erstaufführung im Stadttheater.

Ein Garten, in dem Hans Sturm viele Immortellen und anspruchslose Kuhblumen gepflanzt hat, einige etwas gelle Feuernelken und wenige Seltenheiten; ein Irrgarten, durch dessen verzwicktes Wegegewirr man sich aber ganz vergnüglich treiben läßt in dem tröstlichen Bewußtsein, daß irgendwie und irgendwo sich der Ausgang schon finden lassen wird. Freilich hat das der Konstrukteur in diesem Falle ungewöhnlich schwer gemacht, und mit dem blonden Schopfe Fridolin Bauers sträuben sich langsam auch die Haare der Besucher, die dann letzten Endes aber umso erlöster und fröhlicher durch den Ausgang kriechen.

Hans Sturm selbst scheint hilfroh gewesen zu sein, wenigstens das Pförtchen zu finden, unter dem ein Hofrat mit der Geliebten seines wieder entlobten Schwiegersohnes, dessen Bruder er seine Tochter anvertraut, die Ringe wechselt.

Auch das Publikum zeigte sich im allgemeinen für dieses rettende Nadelöhr recht dankbar, trotzdem bei aller Situationskomik dem Schwank der eigentliche Schwung fehlt, der herzliche, warme Humor, der unwiderstehlich Träumen aus dem Auge treibt. O „Familie Schimek", O „weißes Rößel"! Hätte dieser Irrgarten Eures Geistes einen Hauch verspürt — wie wären die Tausendschönchen dann in ihm erblüht, die hier verkümmerten.

Die Aufführung konnte ihre große Jugend nicht verleugnen. Selbst die Hausfrau (Anneliese Zoho w) fand sich in ihren neuen Räumen nicht ganz zureht und mußte erst das Zimmermädchen zu Hilfe rufen, um den Inhalt der Zigarettendose festzustellen. Auch in ihrer Rolle war sie nicht zu Hause —, Statt Ibsen, Strindberg ... Hans Sturm? Rein äußerlich hätte sie allerdings den leicht dementnandenen Charakter der Rolle doch sicherlich noch besser treffen können. Alfred Haller wa. geneigt, nach Augenblicken, in denen er mit Recht gefallen hatte, weiteren Beifall zu suchen, was besser unterblieben wäre. Das übrige Ensemble mit Luise Sessing, Kiebusch, Scheu, Genschow versuchte nicht ohne Erfolg, seinen Aufgaben gerecht zu werden. Immerhin spielte im ganzen Stück der Souffleur eine Rolle, wie sie ihm vom Dichter doch wohl nicht zugedacht war. Aber Irrgarten und Liebe und Sturm und Erstaufführung sind ja vielleicht auch etwas viel Komplikationen auf einmal.

Sch.

Literarische Kammerveranstaltungen

Hans J. Rehfisch liest eigene Dichtungen.

Der Hörerkreis, der gestern im Moritzburgsaal versammelt war, konnte nicht besser sein. Man wäre in Versuchung, diesen Getreuen, die den Rest von geistigen Interessen hindurchretten durch die Niederungen unserer Zeit in eine bessere Zukunft, hier eine Ehrentafel mit Vor- und Zunamen zu errichten.

Nun zum „Dichter", zu Hans J. Rehfisch. Da bin ich in Verlegenheit. Soll ich offen sein oder auch hier verschweigen? Ich entscheide mich für die Offenheit und sage also zunächst gerade heraus: was er vortrug und wie er vortrug, war eines solchen Publikums nicht wert.

Zunächst las er einige seiner unveröffentlichten Gedichte vor: Klingende Reime ohne Originalität. Nette, hübsche Dutzendware, wie man sie heute massenhaft hergestellt und angeboten findet. Immerhin war in dem Gedicht „Die Tänzerin" eine gewisse Anmut.

Dann zog er eine schauerliche Geschichte aus einem neuen Theaterstück „Jacob und der Teufel", zuletzt etwas schrecklich Langes aus einer demnächst in Berlin zur Erstaufführung gelangenden „Komödie" vor. Zwischendurch ein Stück aus einem Drama eines von ihm für bedeutend gehaltenen jungen Dichters Heinz Lippmann.

Den Inhalt wieder zu erzählen, hieße auch den Leser noch in ähnlicher Weise quälen, wie der Dichter es mit seinen Hörern tat. Welchen Wert hat es, all das Elend des Lebens, alles Häßliche, Entartete oder ganz einfach Triviale ans Licht zu zerren?

Ich verlange vom Künstler durchaus nicht, daß er mir oder anderen zu Gefallen dichtet, malt, bildhauert oder vertont. Aber ich verstehe auch nicht, wie jemand, der anderen etwas bringen, etwas sagen zu können glaubt, sich so im niederen Niveau eines wilden Durcheinander aller möglichen Eindrücke und Einfälle halten kann, die zu irgend einem losen Zusammenhang verflochten werden, aber durchaus nicht geistig verarbeitet sind und also auch nicht irgendeinen Stempel der Persönlichkeit tragen.

Das war ganz einfach eine Revue des Gehirninhaltes eines wurzellos gewordenen modernen Großstädters, mühselig etwas herausgeputzt und auf die geduldigen Fäden der Drucksetze gezogen. Dabei ist der Ausdruck „Revue" eigentlich noch ein unverdientes Lob, denn eine Revue hat wenigstens das Bestreben, zu gefallen, zu erfreuen. Das kann man von den höchst unerquicklichen Schwachköpfen, Lüberjahns, Spitzbuben, Dirnen und karikierten Beamten, die Hans J. Rehfisch vorführt, wirklich nicht sagen; auch nicht von gewissen, an übelste Klassenkampfhefte erinnernden Tiraden gegen die Industrie usw., denen hier das einzige fehlt, was sie menschlich rechtfertigen könnte: ein wirkliches tiefes Verständnis und Mitgefühl für das Dunkel und die Tiefen, aus denen echter sozialer Notschrei stammt. Nichts Seelisches, nichts Starkes, kein dramatisches Talent adelt Hans J. Rehfischs mühliches Gebräu, und alle Wortkunst und Vielseitigkeit hilft nicht über die innere Leere hinweg. Bitter enttäuscht mußte man das prachtvollen Werkes gedenken, mit dem Schiller solche völlige Elendsdichterei ein für allemal abgetan hat:

„Wahre Dichtung besingt, wie Gott sich der Menschen erbarmte."

„Aber ist das Poesie, das er erbärmlich sie fand?"

Der geistige Wert des Gebotenen war so gering, daß es nicht verlohnt, über die Art des Vortrags, dieses halblaute, monotone Dahinjagen der Worte und Sätze, noch viel Aufhebens zu machen. Der ganze Abend bestätigte die Befürchtung, die schon sein kürzlich im Stadttheater aufgeführtes reichlich extravagantes Stück von Nickel und den drei Dutzend Gerechten hinterließ: Rehfisch ist durch den Erfolg seines Kuckucks grenzenlos verwöhnt und wird schwerlich den Weg zu strengster Selbstkritik und Selbstvertiefung wiederfinden, auf dem allein ernstlichen kann, was wirklich den Namen Dichtung und Kunst verdient.

Wir danken den Literarischen Kammerveranstaltungen, daß sie Gelegenheit geboten haben, am Beispiel Rehfischs die Gefahren und Klippen zu erkennen, denen moderne Dichter bei allzu leicht gespendetem Tagesruhm ausgesetzt sind, und hoffen, am nächsten Vortragsabend in Else Laskers-Schüler eine wirkliche Dichterin kennen zu lernen.

Dr. H. Elze.

Errichtung einer Frauenschule an der Städtischen Wilhelm-Raabe-Schule. Zu Ostern 1926 wird an der Lüneburger Wilhelm-Raabe-Schule eine Frauenschule eingerichtet werden. Die Unterrichtsfächer gliedern sich in praktische und wissenschaftliche. Als Vollschülerinnen können junge Mädchen aufgenommen werden, die das Schulzeugnis eines Lyzeums erworben oder die Untersekunda eines Oberlyzeums mit Erfolg besucht haben. Als Gastschülerinnen können auch Mädchen Aufnahme finden, die eine anerkannte Mittelschule besuchten und das 16. Lebensjahr vollendeten.

Berufung. Wie wir erfahren, hat der ordentliche Professor für vergleichende Sprachwissenschaft an der Universität Bonn Dr. Ferdinand Sommer, dem Lehrstühle in München an Stelle von Prof. G. Herbig sowie in Leipzig an Stelle von W. Streitberg angeboten wurden, sich entschlossen, dem Rufe nach München Folge zu leisten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260211019/fragment/page=0002